

## Heftiger Richtungstreit in Waldorfszene

Nach Druck aus den eigenen Reihen lädt die Anthroposophische Gesellschaft einen umstrittenen Referenten wieder aus.

VON EBERHARD WEIN

**STUTT GART.** Hat die Anthroposophie eine offene Flanke nach rechts? Wieder einmal muss sich die Waldorfszene mit der Frage der Abgrenzung zum Rechtsextremismus befassen. Anlass ist eine Veranstaltung, die am kommenden Freitag im Rudolf-Steiner-Haus auf dem Campusgelände an der Stuttgarter Uhlandshöhe stattfinden sollte. Der Buchautor und Esoteriker Axel Burkart sollte dort auf Einladung der Anthroposophischen Gesellschaft (AG) Stuttgart über „Die spirituellen Hintergründe des aktuellen Zeitgeschehens“ sprechen. Am Samstag wollte er die Erkenntnisse in einem Tagesseminar vertiefen. Kurzfristig wurden beide Veranstaltungen am Mittwochmorgen nun abgesagt.

Ausschlaggebend dürfte dafür ein am Dienstag eilends verfasster Brief der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Freien Waldorfschulen gewesen sein. Darin fordern die Vertreter der rund 50 Waldorfschulen im Land unmissverständlich die Absage der Veranstaltung und eine klare Distanzierung. „Wie kann es sein, dass eine Person, deren Wirken im rechtsradikalen Milieu bekannt ist, überhaupt eingeladen wird?“, heißt es darin.

Burkart betreibt in Bad Reichenhall eine anthroposophische Akademie. Seine Vorträge im Internet über die „spirituelle Aufgabe Mitteleuropas“, das „Geheimnis der Seele“ oder den Klimawandel, den er für einen „Klimaschwindel“ hält, sind zehntausendfach geklickt. Seine Bücher veröffentlicht er im rechtsextremen Kopp-Verlag. Vom Magazin „Compact“, das der Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ einordnet, werde er beworben, sagt der Waldorf-kritische Blogger Oliver Rautenberg. Er verweist auf Postkarten, die Burkart verteilt.

Darauf ist eine Hand mit spitzen Fingernägeln zu sehen, welche die Wissenschaft, die Presse und die Wirtschaft wie Marionetten lenkt – eine antisemitische Karikaturen der Nazizeit erinnernde Darstellung, wie Rautenberg meint.

Auch in anthroposophischen Kreisen ist der Bayer umstritten. Im weit verbreiteten Waldorf-Magazin „Erziehungskunst“ wird er als Vertreter der Neuen Rechten einsortiert. „Für deren krude Argumentation muss Steiners Esoterik herhalten“, heißt es dort. Burkart selbst sieht sich als Opfer der gegenwärtigen Angriffe auf die Anthroposophie. „Es herrscht ständig Angst vor der Presse.“

Hier seien „linksideologische Tendenzen“ am Werk. Er sei aber nur Wissenschaftler.

Offenbar teilen auch Stuttgarter Anthroposophen diese Meinung. Die Stuttgarter AG habe die Veranstaltung aufgrund von Anfragen aus dem Mitgliederkreis ins Programm genommen, sagt Matthias Niedermann. Er ist Sekretär des ebenfalls in Stuttgart angesiedelten AG-Bundesvorstands. Dort sei die Veranstaltung vor einer Woche auf den Radar gekommen. Man habe sofort gewarnt – zunächst aber offenbar vergeblich.

Interessant ist, dass die Stuttgarter AG mit Burkart vor Kurzem noch vor Gericht stritt. Es ging um die Namensrechte an Rudolf Steiner. Das Verfahren endete mit einem Vergleich. Burkart sagte zu, „Rudolf Steiner“ aus dem Namen seiner Akademie zu streichen. Der heftige Protest aus den Waldorfschulen hängt damit zusammen. Denn bei dem Streit war es darum gegangen, dass sich Burkart nicht an der „Stuttgarter Erklärung“ orientiere, mit der sich die Waldorfschulen von Rassismus und Diskriminierung distanzieren. Die Einladung an Burkart sei „ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die für eine klare Abgrenzung gegenüber rechten und rechtsradikalen Kreisen eintreten“, heißt es daher im Brief der LAG. „Mit einer solchen Veranstaltung wird der Öffentlichkeit gezeigt, dass sich rechtes Gedankengut mit der Anthroposophie scheinbar gut vereinbaren lässt. Dem widersprechen wir entschieden.“

Was für die Waldorfschulen auf dem Spiel steht, zeigt die scharfe Reaktion des baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume (CDU). Er warnte die AG davor, Bühnen für Verschwörungserzähler wie Burkart zu bieten. Sonst müsse er den „freundlichen, aber kritischen Dialog“ beenden und darüber Landtag und Landesregierung informieren.

Dies könnte die Position der Waldorfschulen als staatlich anerkannte Ersatzschulen infrage stellen. Burkart hält die staatliche Schulaufsicht ohnehin für ein Übel. „Solange es Staatsschulen gibt, wird es keine Freiheit im Geist geben und so lange sind wir manipulierbar“, sagt er in einem Internetvideo, dessen Titel wie der in Stuttgart geplante Vortrag heißt.

Für Christoph Sander, den Landessprecher der Waldorfschulen, überschreitet er damit eine rote Linie. „Spätestens bei der Infragestellung der staatlichen Aufsicht bin ich raus“, sagt Sander.



Foto: dpa/Stefan Puchner

„Er warnte die Anthroposophische Gesellschaft davor, Bühnen für Verschwörungserzähler wie Burkart zu bieten.“

Michael Blume, Antisemitismusbeauftragter



Das Rudolf-Steiner-Haus auf der Uhlandshöhe

Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

### War Rudolf Steiner ein Rassist?

**Gründung** Die erste Waldorfschule der Welt wurde 1919 als freie Schule für die Kinder der Arbeiter der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria in Stuttgart gegründet. Als erster Schulleiter wurde Rudolf Steiner (1861–1925) berufen. Zuvor hatte er sich für die Überwindung autoritärer Gesellschaftsstrukturen eingesetzt.

**Ideologie** Inwiefern Steiners anthroposophische Geisteswissenschaft von Rassismus durchzogen ist, wird unterschiedlich beurteilt. 2007 kamen zwei seiner Vorträge auf den Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Steiner verwendete Begriffe wie „Wurzelerasse“, die heute zurückzuweisen sind. Er war

nicht frei von den Ressentiments seiner Zeit. Von Juden erwartete er die Assimilation.

**Standort** Das Stuttgarter Schulgelände befindet sich oberhalb der Staatsgalerie. Dort ist auch die Anthroposophische Gesellschaft mit dem Rudolf-Steiner-Haus beheimatet. kew

## S-Bahn-Chaos: Woher stammen die Luftballons?

Zwei Mal brachten Luftballons zuletzt den Bahnverkehr zum Erliegen. Die Polizei ermittelt die Verkaufsstelle.

VON WOLF-DIETER OBST

**STUTT GART.** Metallbeschichtete Luftballons sprengen den S-Bahn-Takt: Nach zwei Zwischenfällen binnen vier Tagen am unterirdischen S-Bahn-Halt Hauptbahnhof stellt sich auch die Frage: Woher stammen die Luftballons eigentlich? Dass sie auf dem Weihnachtsmarkt gekauft worden sein könnten, dementiert der städtische Veranstalter in Stuttgart ausdrücklich.

„Was seit vielen Jahren auf dem Cannstatter Volksfest oder Frühlingsfest geregelt ist, gilt auch für den Weihnachtsmarkt: Der Verkauf solcher Ballons ist nicht zugelassen“, sagt der Sprecher Jörg Klopfer auf Anfrage. Den Marktbesuchern sei für den Verkauf solcher Ballons keine Genehmigung erteilt worden. Schon in der Vergangenheit hatten nämlich metallbeschichtete Ballons zu Zugausfällen geführt.



Klare Ansage am S-Bahn-Halt – aber offenbar wenig beachtet. Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

„Der Ballon dürfte tatsächlich nicht aus dem Bereich Weihnachtsmarkt kommen“, sagt der Bundespolizeisprecher Denis Sobek zum ersten Zwischenfall, der sich am Donnerstag, 1. Dezember, ereignet hatte. Gesichert sei bisher, dass ein kleines Mädchen den Ballon „offenbar aus Versehen losgelassen“ habe. Daraufhin gab es einen Kurzschluss in der Oberleitung. Die Ermittlungen zur Verkaufsstelle laufen, die Eltern sollen dazu noch einmal befragt werden. „Polizeilich war diese Frage zunächst nicht relevant“, sagt Sobek, „nun aber doch, aus Präventionsgründen.“ Hier sei man auch mit der Bahn im Gespräch. Nach Informationen unserer Zeitung wurde der Ballon in einem Geschäft in der Innenstadt verkauft.

Denn noch gravierender war der Zwischenfall am Montagabend gegen 20.30 Uhr, ebenfalls an der Haltestelle Hauptbahnhof. Beim Spannungsüberschlag wurde ein Bestandteil der Brandmeldeanlage beschädigt, und ein Mann auf dem Bahnsteig erlitt ein Knalltrauma. Die S-Bahn-Strecke zwischen Hauptbahnhof und Vaihingen musste bis gegen 22.30 Uhr voll gesperrt werden. Der Besitzer dieses Ballons ist unbekannt. Hinweise an die Bundespolizei werden über Telefon 07 11 / 87 03 50 erbeten.

Die Bahn AG weist in ihrer Hausordnung ausdrücklich darauf hin, dass die Mitnahme von Luftballons verboten ist – aus gutem Grund. Durch die hohe Spannung in der Oberleitung kann ein lebensgefährlicher Lichtbogen entstehen. Dazu muss der Ballon die Leitung nicht einmal berühren.

## Cannabis in Automaten verkauft

**LUDWIGSBURG/STUTT GART.** In einer überregional angelegten Durchsuchungsaktion haben Polizisten am Dienstagmorgen fünf Cannabisautomaten sichergestellt. Zudem wurden die Wohn- und Geschäftsräume eines 39- und eines 34-jährigen Verdächtigen, die die Automaten betrieben haben sollen, durchsucht. Dabei wurden eine Schreckschusswaffe, Bargeld, Kommunikationsmittel und schriftliche sowie digitale Firmenunterlagen festgestellt. In den Cannabisautomaten wurden nach derzeitigen Erkenntnissen Cannabisprodukte in Form von Nutzhanfblüten vertrieben, die, wenn auch in geringem Umfang, den Wirkstoff THC enthalten. Die vier Automaten waren öffentlich in Weinstadt, Neckarsulm, Stuttgart und Ludwigsburg aufgestellt. /sw

## Vor allem männliche Flüchtlinge kommen derzeit an

Inzwischen drängen immer weniger Menschen aus der Ukraine nach Stuttgart. Dafür aber sehr viele Geflüchtete aus anderen Ländern.

VON MATHIAS BURY

**STUTT GART.** Als die Stadt im September beschlossen hat, unter anderem mit einem neuen Containerdorf auf dem Wasen weitere Wohnplätze für Geflüchtete zu schaffen, ging man davon aus, dass dort Menschen aus der Ukraine unterkommen würden. Tatsächlich ist der damals erwartete hohe Zuzug bisher nicht eingetreten. Stattdessen haben die aus anderen Ländern ankommenden Geflüchteten stark zugenommen. Dabei handelt es sich zum Großteil um alleinstehende Männer. Das macht die Sache für die Stadt schwierig.

„Wir haben eine Fluchtbewegung, welche die aus der Ukraine überlagert“, sagt Stadtsprecher Sven Matis. Während derzeit pro

Tag nur „eine Handvoll“ Geflüchtete aus der Ukraine in Stuttgart eintreffen, sollen der Stadt im Dezember fast 300 Personen aus anderen Ländern vom Land zugewiesen werden. Drei Viertel dieser Gruppe sind laut Sven Matis „alleinstehende Männer“.

Das birgt Probleme bei der Unterbringung. Nach dem Stuttgarter Weg, den Verwaltung und Rat verfolgen, sollen Geflüchtete möglichst dezentral in der Stadt untergebracht werden und in Unterkünften, die nicht mehr als 250 Plätze haben. Das wird nicht nur im Containerdorf auf dem Wasen, dessen 400 Plätze großteils mit alleinstehenden Männern voll belegt ist, nicht eingehalten. Überdies sollen die Unterkünfte eigentlich zu zwei Dritteln mit Familien und nur zu einem Drittel mit Alleinstehenden

besetzt werden. Diese Mischung gilt als günstig, um eine ausgeglichene Atmosphäre zu schaffen. Eine Abweichung in diesem Punkt vom Stuttgarter Weg führe zu „Dichtestress“, sagt Sven Matis. „Es wird eng. Der Stress ist in manchen Unterkünften jetzt schon spürbar.“

Aber nicht nur die Zusammensetzung der Geflüchteten in Unterkünften bereitet der Stadt Kopfzerbrechen. Auch die Gesamtzahl erweist sich als eine Belastung. 8064 Personen sind von der Stadt einquartiert, fast doppelt so viele wie vor einem Jahr (4142). Das ist bei vorhandenen 9567 Wohnplätzen der Stadt eine Belegung von 84,3 Prozent. Nach den Richtlinien der Stadt gilt eine Besetzung von 85 Prozent als Vollbelegung. „Unsere Möglichkeiten sind endlich“, stellt Sven Matis fest, die Lage sei „äußerst angespannt“.

Von den 8064 Personen kommen 40 Prozent aus der Ukraine, gefolgt von Geflüchteten aus Syrien (13 Prozent), Afghanistan

(zehn Prozent), Irak (sieben Prozent) und Nigeria (fünf Prozent). Dazu kommen rund 3900 Ukrainer, die privat wohnen, aber Leistungen erhalten und von der Stadt Stuttgart betreut werden müssen. Damit muss sich die Verwaltung insgesamt um 12000 Geflüchtete kümmern. Im August 2016, dem Höhepunkt der Unterbringung in der damaligen Flüchtlingswelle, verzeichnete

die Stadt 8117 Personen in Heimen. Doch damit nicht genug: Für 2023 hat die Stadt bereits eine Prognose vorliegen, nach der man womöglich „weitere 3600 Geflüchtete unterbringen müssen“, sagt Sven Matis. Dabei ist vorgesehen, rund 3000 vorhandene Wohnplätze aufzugeben, 2500 davon Notunterkünfte in Hotels und Hallen.

Am Freitag wird sich der Wirtschaftsausschuss des Rats damit befassen. Dabei wird es auch um die Anmietung von zusätzlichen Bestandsgebäuden sowie die Errichtung neuer Modulbauten für Geflüchtete gehen.